

Arbeitnehmer gruppe aktuell

März 2018

Zur Sache

Aufbruch und Kontinuität

Koalitionsvertrag ist eine gute Arbeitsgrundlage



Uwe Schummer
Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe

**Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,**

viel wird über den Koalitionsvertrag geredet und kommentiert. Frei nach dem Motto: Nicht die Fakten entscheiden über die Stimmung im Land, sondern die Summe der öffentlich verbreiteten Meinungen. Grund genug für uns, die Fakten in die Diskussion einzubringen, damit Fakten und öffentliche Meinung wieder zusammenpassen.

Europa steht in der Vereinbarung am Anfang; es ist Grundlage für unsere wirtschaftliche und soziale Zukunft. Jenseits von Russland, China und den USA müssen wir unsere eigene europäische Kraft entwickeln. Die-

ses Thema gehört zum Markenkern der Union seit Konrad Adenauer. Europa hat sich den großen Aufgaben zu widmen. Dazu gehören: Das Prinzip **gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort**. Ebenso eine gemeinsame Außenpolitik und Schritte auf den Weg zur Armee der Europäer und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Ein Europäischer Währungsfonds soll für mehr **Stabilität des Euro** sorgen. Die Rechte nationaler Parlamente bleiben davon unberührt. Risiko und Haftungsverantwortung bleiben im Euroraum miteinander verbunden.

Missbräuchliche **Zuwanderung** in die soziale Sicherung ist zu unterbinden. Die europäischen Außengrenzen sind stärker zu sichern. Für Deutschland wurde ein maximaler Zuzug bis 220.000 Flüchtlinge vereinbart. In Kommunen werden nur Flüchtlinge verteilt, die eine Bleibeperspektive haben. Dies soll über „Ankerzentren“ gesteuert werden, in denen Ankommen und Erfassung stattfinden. Erst nach erfolgreichem Asylverfahren dürfen sie die Zentren verlassen. Bei Zweifel über das Alter findet dort eine Altersfeststellung statt, bei Ablehnung folgt die Rückführung. Algerien, Marokko und Tunesien werden als sichere Herkunftsländer anerkannt. Hier hat sich die Union umfassend durchgesetzt.

Bund und Länder finanzieren in ei-

nem **Sicherheitspakt** 2000 zusätzliche Richterstellen und 15.000 Polizisten. Das Bundeskriminalamt wird zu einem „zentralen Datenhaus“ für alle Sicherheitsdienste aufgewertet. Ein zentrales Thema von CDU und CSU.

Bildung ist der Schlüssel für wirtschaftliche und soziale Themen. Mit elf Milliarden Euro wird der Ausbau von Schulen unterstützt. Das Grundgesetz wird so verändert, dass Bundesmittel an alle Kommunen fließen können, nicht nur an die finanzschwachen. Die Kulturhoheit der Länder bleibt erhalten. Nach dem Vorbild des Wissenschaftsrates soll ein Bildungsrat mehr Vergleichbarkeit und Qualität in den Ländern erreichen.

Ein **Berufsbildungspakt** soll die Gleichwertigkeit der beruflichen mit der akademischen Bildung erreichen. Die Qualitätsoffensive Lehrerbildung wird fortgesetzt. Aufbruch brauchen wir bei der Digitalisierung. Bis 2025 wird flächendeckend das schnelle Gigabit-Netz mit zwölf Milliarden Euro geschaffen.

Bis 2021 werden alle Schulen an das schnelle Glasfasernetz angeschlossen. Der Digitalpakt von Bund und Ländern wird mit fünf Milliarden Euro gefördert.

Ein **solider Haushalt**, Kernforderung der Union, wird auch von der

Fortsetzung auf der folgenden Seite

Mitmachen in der Arbeitnehmergruppe!

Politisch erfolgreich ist die Union nur dann, wenn sie es schafft, bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stärkste politische Kraft zu sein. Die Arbeitnehmergruppe sorgt dafür, dass sich die Anliegen der Beschäftigten in unserer Politik wiederfinden. Mitstreiterinnen und Mitstreiter sind herzlich willkommen. Anmeldungen nimmt die Arbeitnehmergruppe (Geschäftsführer Stefan Klinger, stefan.klinger@cducsu.de) gerne entgegen. Oder noch besser: Sprechen Sie mich direkt an.

Uwe Schummer

Inhalt

Uwe Schummer - Aufbruch und Kontinuität - Koalitionsvertrag ist eine gute Arbeitsgrundlage	1
Marcus Weinberg - Familien und Kinder im Mittelpunkt	3
Schulen und Unis profitieren vom Koalitionsvertrag (Muster-Pressemitteilung)	4
Uwe Schummer übernimmt Vorsitz der Arbeitnehmergruppe - Dank an Amtsvorgänger Peter Weiß	5

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Uwe Schummer MdB
Redaktion: Stefan Klinger (verantw.)
Mitarbeit: Robert Schwoppe, Julian Schwerdt
E-Mail: kristina.freitag@cducsu.de
Foto Titel: Gebhard Bücker

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

SPD anerkannt. Keine Neuverschuldung, sondern Abbau der Altschulden. Aufgrund der seit 2010 starken wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands stehen trotzdem 46 Milliarden Euro für Projekte zur Verfügung. Auch zukünftig gilt, keine Erhöhung der Steuerbelastung.

Überlagert wird die Sachdiskussion durch die Aufteilung der Zuständigkeiten im künftigen **Kabinett**. Mit Wolfgang Schäuble hatten wir einen anerkannten und soliden Finanzminister. Dieses Ressort wurde bereits bei den Jamaika-Verhandlungen von der FDP beansprucht. So ist Wolfgang Schäuble in einer schwierigen parlamentarischen Zeit zum Bundestagspräsidenten aufgestiegen. Erstmals seit Ludwig Erhard wird das Wirtschaftsressort von der CDU übernommen. Dies ist auch eine Chance, Soziale Marktwirtschaft aus unserer Sicht neu zu definieren. Generell gilt: Allein die Bundeskanzlerin hat die Richtlinienkompetenz.

Entlastung für Familien schaffen die Verbesserung des Kindergeldes um 25 Euro und die Einführung eines Baukindergeldes, das Wohneigentum für junge Familien mit ergänzender Altersvorsorge verbindet. Für jedes Kind jährlich 1200 Euro über zehn Jahre sowie bei Bedarf eine Bürgschaft der KfW. Mit zwei Milliarden Euro soll der soziale Wohnungsbau verstärkt werden. 1,5 Millionen neue Wohnungen sollen entstehen, derzeit sind es jährlich 300.000. Das Paket für Bildung und Teilhabe wird verbessert, die Leistungen sollen gebündelt und diskriminierungsfrei auch über Schulen abgerufen werden können. Kinderrechte wollen wir im Grundgesetz verankern.

Über die Einführung einer Freigrenze von 122.000 Euro Jahreseinkommen bei Verheirateten wird der **Solidaritätszuschlag** bis 2021 für 90 Prozent der Steuerzahler abgeschafft, ein wichtiger Punkt der CDU. Das Niveau der gesetzlichen Rente wird bis 2025 bei 48 Prozent gesichert, der Beitragssatz auf höchstens 20 Prozent gedeckelt. Mütter mit Kindern, die vor

1992 geboren sind, erhalten beim dritten Kind einen weiteren Rentenpunkt. Sie sind somit Eltern, die nach 1992 Kinder erziehen, gleichgestellt. Dies war ein zentraler Punkt der CSU. Mit einem Zuschlag soll denjenigen, die 35 Jahre oder länger gearbeitet haben, eine Rente über dem Sozialhilfeniveau garantiert werden. Arbeit soll sich lohnen, auch im Rentenrecht.

Befristete Arbeitsverhältnisse sollen Ausnahme werden und bis maximal fünf Jahre begrenzt sein. Die Eindämmung des Missbrauchs stand im Wahlprogramm der CDU. In der Altenpflege sollen durch ein Sofortprogramm zusätzlich 8.000 Stellen geschaffen werden. Das Problem liegt darin, dass derzeit schon 30.000 Stellen von den Trägern finanziert würden, aber nicht besetzt werden können. Deshalb wollen wir die Ausbildung verstärken. Das selbstgenutzte Wohneigentum von Angehörigen pflegebedürftiger Menschen wird geschützt; bei Einkommen bis 100.000 Euro jährlich erfolgt kein Rückgriff der für die Pflegekosten der Angehörigen. Die Pflegeversicherung ist ein Kind von Helmut Kohl und Norbert Blüm. Bei der Krankenversicherung kehren wir zur Parität zurück. Aufgrund starker Arbeitsmarktzahlen senken wir die Arbeitslosenversicherung erneut um 0,3 Prozent.

Notwendig sind **Aufbruch und Kontinuität**. Wir sollten uns nicht daran beteiligen, unser Land und die Früchte der Arbeit unserer Regierung schlecht zu reden. Aufbruch ist notwendig bei einer verstärkten inneren Sicherheit, der Integration, Bildung und Digitalisierung, Kontinuität brauchen wir bei der starken Wirtschaft, dem stabilen Arbeitsmarkt, dem soliden Bundeshaushalt und dem hohen Sozialstandard. Damit es Deutschland auch morgen noch gut geht, brauchen wir eine stabile Bundesregierung.



Uwe Schummer

Familien und Kinder im Mittelpunkt

Marcus Weinberg

Die Union hat mit den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag starke und wichtige Akzente für Familien gesetzt. Unsere familienpolitischen Maßnahmen sind darauf ausgerichtet, Eltern Wahlfreiheit im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, anstatt ihnen ein bestimmtes Familienmodell vorzuschreiben.

Dafür wollen wir die finanzielle Situation von Familien verbessern. Das Kindergeld werden wir in dieser Legislaturperiode um 25 Euro pro Monat für jedes Kind erhöhen (zum 1. Juli 2019 um zehn Euro, zum 1. Januar 2021 um weitere 15 Euro). Gleichzeitig steigt der steuerliche Kinderfreibetrag entsprechend.

Um gezielt die Chancen von Kindern aus einkommensschwächeren Familien zu erhöhen, werden wir ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Kinderarmut schnüren: Dazu wollen wir zur Entlastung einkommensschwacher Familien, insbesondere auch Alleinerziehender und kinderreicher Familien, den Kinderzuschlag erhöhen. Auch die Leistungen für Bildung und Teilhabe von Kindern werden wir verbessern, Hemmnisse der Inanspruchnahme beseitigen, die Wirkung prüfen und gezielt erhöhen. Leistungen sollen künftig möglichst pauschal abgerechnet werden. Unter anderem soll hierzu das Schulstarterpaket aufgestockt werden. Die Eigenanteile zur gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung in Kitas und Schulen und für Schülerbeförderung entfallen.

Um Eltern zu ermöglichen, dass sie selbst über den Umfang ihrer beruflichen Tätigkeit und die Zeit in und mit der Familie entscheiden können, werden wir in den kommenden Jahren eine freiwillige, aber verlässliche Ganztagsbetreuung für Schulkinder bedarfsgerecht – auch in den Schulferien – ausbauen. Dazu werden wir ei-

nen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter bis 2025 schaffen.

Zudem wird der Bund auch weiterhin Länder und Kommunen beim Ausbau des Angebots und bei der Steigerung der Qualität von Kinderbetreuungseinrichtungen und dem Angebot an Kindertagespflege unterstützen um eine bestmögliche Betreuung für unsere Kinder und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.

Mit dem Ziel die Arbeitswelt familienfreundlicher zu gestalten, werden wir darüber hinaus das Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie“ vorantreiben und die Chancen der Digitalisierung für mobiles Arbeiten mehr als bisher nutzen.

Mehr Zeit füreinander

Viele Familien wünschen sich mehr Zeit füreinander und miteinander. Dafür werden wir Zuschüsse für die Inanspruchnahme von haushaltsnahen Dienstleistungen bereitstellen. Gleichzeitig fördern wir damit legale, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, insbesondere von Frauen.

Außerdem schaffen wir ein Recht auf befristete Teilzeit: In Unternehmen mit mehr als 45 Mitarbeitern soll künftig ein neuer Anspruch bestehen, nach einer Teilzeitphase wieder zur früheren Arbeitszeit zurückzukehren. Außerdem werden wir eine Initiative zur stärkeren Nutzung der Teilzeitausbildung starten.

Strukturelle Ungleichgewichte von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, die zur Entgeltlücke wesentlich beitragen, wollen wir gezielt abbauen. Dazu wollen wir u. a. finanzielle Ausbildungshürden bei Sozial- und Pflegeberufen abbauen und streben Ausbildungsvergütungen an.



Marcus Weinberg
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Familie,
Senioren, Frauen und Jugend

Darüber hinaus werden wir Geringverdienerinnen und Geringverdiener bei Sozialbeiträgen entlasten (Ausweitung Midi-Jobs). Dabei wird sichergestellt, dass die geringeren Rentenversicherungsbeiträge nicht zu geringeren Rentenleistungen im Alter führen. Wichtig ist auch die Integration von Frauen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt. Das Programm „Stark im Beruf“ soll fortgesetzt werden.

Die Wirksamkeit des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst soll verbessert werden. Im Öffentlichen Dienst soll die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Leitungsfunktionen bis 2025 erreicht sein. Unterstützungsmaßnahmen für Gründerinnen und Unternehmerinnen wollen wir weiterentwickeln und ausbauen.

Schulen und Unis profitieren vom Koalitionsvertrag - Der Bildungspakt wird auf den Weg gebracht

Muster-Pressemitteilung

Bildung ist der Schlüssel für Chancengerechtigkeit und der wichtigste Faktor für Deutschland Zukunft. Im Koalitionsvertrag ist es gelungen, technologische, wissenschaftliche und soziale Innovationen in den Mittelpunkt zu stellen und konkrete Projekte zu vereinbaren. Zum Thema bieten wir folgende Muster-Pressemitteilung an:

Bund und Länder werden künftig enger zusammenarbeiten, um eine Investitionsoffensive für Schulen auf den Weg zu bringen.

Dafür wird das sogenannte Kooperationsverbot abgeschafft. „Wir investieren massiv in moderne Schulen und in ein hohes Qualifikationsniveau – so viel wie niemals zuvor. So sichern wir gerechte Bildungschancen“, so (Name MdB), Mitglied der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

„Wir modernisieren zudem das Lernen und bereiten Schülerinnen und Schüler besser auf das Leben in der digitalen Welt vor. Für die nächsten fünf Jahre bedeutet das eine Investitionssumme von 5 Milliarden Euro in die digitale Ausstattung von Schulen. Zusätzliche 2 Mrd. Euro werden in den Ausbau von Ganztagschulen und die Ganztagsbetreuung investiert“, führt (Name MdB) aus.

Die Aufwendungen des Bundes für Studienplätze im Rahmen des Hochschulpaktes sind für die Hochschulen unverzichtbar. Um vor dem Hintergrund der anhaltend hohen Studienachfrage investiert der Bund dauerhaft in Studienplätze und qualitativ hochwertige Lehre an den Hochschulen. Die meisten Förderprogramme waren bisher zeitlich befristet. „Jetzt stärken wir unsere Universitäten und Fachhochschulen durch mehr Studienplätze und bessere Bedingungen“, so (Name MdB).

Um die Gleichwertigkeit der Bildungswege zu erreichen, wird die berufliche Bildung modernisiert und



Bild: www.flickr.de - Oliver Ponsold - CC BY-2.0

eine Mindestvergütung für Azubis eingeführt. Dafür werden die Berufshochschulen mit digitaler Technik ausgestattet und ein flächendeckendes Gigabit-Netz geschaffen. Wer sich für eine Ausbildung im Sozial- und Pflegebereich entscheidet, soll dafür kein Schulgeld mehr zahlen müssen. Aber auch das BAföG wird erweitert.

.... (Name MdB): „Unser gemeinsames Ziel ist es, die förderbedürftigen Auszubildenden wieder leichter zu erreichen. Das bedeutet: mehr Unabhängigkeit für junge Menschen“.

Der Mensch im Mittelpunkt der Politik

Die Arbeitnehmergruppe repräsentiert im Bundestag seit den Gründerjahren die christlich-soziale Strömung als eine der drei geistesgeschichtlichen Wurzeln der Volksparteien CDU und CSU. Exemplare des zum 65jährigen Jubiläum von der Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V. veröffentlichten Heftes „Der Mensch im Mittelpunkt der Politik“ mit Beiträgen u.a. von Norbert Lammert, Kardinal Reinhard Marx und Gerda Hasselfeldt können bei der Arbeitnehmergruppe bestellt werden (kristina.freitag@cducsu.de).

Uwe Schummer übernimmt Vorsitz der Arbeitnehmergruppe

Dank an Amtsvorgänger Peter Weiß



Uwe Schummer (5. von rechts) mit den Mitgliedern des neuen Vorstands der Arbeitnehmergruppe

Bild: Michael Wittig

Uwe Schummer ist neuer Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Er folgt auf Peter Weiß, der das Amt acht Jahre innehatte. Erster Stellvertretender Vorsitzender bleibt Paul Lehrieder (CSU).

Der in Adelaide/ Australien geborene und in Willich/ Niederrhein beheimatete Uwe Schummer ist gelernter Kaufmann im Groß- und Außenhandel und seit 2002 Bundestagsabgeordneter. In der 19. Wahlperiode gehört er dem Ausschuss für Arbeit und Soziales an. Zuletzt war er Beauftragter der Fraktion für Menschen mit Behinderungen. Im Ehrenamt ist Uwe Schummer seit 2014 Vorsitzender der Lebenshilfe Nordrhein-Westfalen. Seinen Weg in die Politik hat er über die konfessionelle Jugend- und Arbeitnehmerarbeit gefunden.

Schummer forderte in seiner Antrittsrede dazu auf, die Sozialpolitik nicht dem Koalitionspartner zu überlassen und das eigenständige sozialpolitische Profil der Union weiterzuentwickeln und herauszustellen. Hierzu bietet auch der Koalitionsvertrag gute Ansätze.

Uwe Schummer dankte seinem Amtsvorgänger Peter Weiß, der die Arbeitnehmergruppe zwei Wahlperioden lang geführt hatte und kürzlich zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales gewählt wurde. Mit seinem Vorsitz ist u.a. die Umsetzung einer ganzen Reihe von allgemeinverbindlichen Branchenmindestlöhnen verbunden. Daran knüpfte dann die Entwicklung eines Konzeptes für einen tariflichen allgemeinen Mindestlohn an, das Realität geworden ist und sich als funkti-

onfähig erwiesen hat. Auch war er Impulsgeber für spürbare Verbesserungen bei der Betriebsrente gerade für Bezieher kleiner Einkommen.

Der Vorstand der Arbeitnehmergruppe im Überblick:

Vorsitzender: **Uwe Schummer**

Erster Stellv. Vorsitzender:
Paul Lehrieder

Stellvertretende Vorsitzende:
Heike Brehmer, Axel Knoerig, Marcus Weinberg, Elisabeth Winkelmeier-Becker, Prof. Dr. Matthias Zimmer

Beisitzer: **Rudolf Henke, Karl Holmeier, Alexander Krauß, Katharina Landgraf, Stephan Stracke, Dr. Volker Ullrich**